Ä1

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä1 zu A3NEU: Update Ausbildung - Gleichwertig, Gerecht, Zeitgemäß**

Redaktionelle Änderung

Ich würde eine Nummerierung vor die einzelnen Punkte vorschlagen.
Also
"**1. Die Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie.**
[...]
2. Die garantierte Übernahme nach der Ausbildung.
[...]"usw.

Begründung

Verbessert mMn wie gut man dem folgen kann minimal

HÄ1

Antrag

Initiator*innen: Niklas Peine (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **HÄ1 zu H1: Haushaltsplan 2023**

Antragstext

In Zeile 1 einfügen:

Im Haushaltsentwurf (https://wolke.netzbegruenung.de/s/S4qCtqZbeao4wFf) wird F1 auf 500€ reduziert und F2 auf 500€ erhöht.

Begründung

erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä1 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 2 bis 8:

Wir stecken im Moment in einer der größten Krisenüberlappungen: Klimakrise, Energiekrise, Wirtschaftskrise. Inflation, Aufsteigen ~~der rechtskonservativen Mächte, Versagen der gesellschaftlichen Linken~~rechtskonservativer Kräfte, . Pandemie, Fachkräftemangel und Pflegenotstand. ~~Staatszerfall,~~ Krieg und Krisenideologie. Wir stecken inmitten einer sogenannten **Polykrise,** denn alles bedingt sich gegenseitig und ist das Ergebnis des globalen Kapitalismus, der seit etwa einem Jahrhundert das Weltgeschehen und unseren Alltag bestimmt. In diesen Zeiten braucht es ganzheitliche, linke Antworten. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Linke durch interne Konflike und Spaltung nahezu handlungsunfähig.

Von Zeile 16 bis 18:

und das auch mit Blick auf unsere Zukunft. Doch genau an dieser solidarischen und gerechten Politik fehlt es an allen Ecken. Es liegt an uns ~~als Teil der gesellschaftlichen Linken~~ für sie einzutreten und beizutragen, die gesellschaftliche Linke als ganzes wieder handlungsfähig zu machen.

Von Zeile 26 bis 33:

Ostdeutschland über geringe oder gar kein Vermögen. (1) Das bedeutet, dass Menschen aus/in Ostdeutschland ~~noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in Westdeutschland. Kein Wunder, dass viele Menschen frustriert sind und ihnen die Narrative der AfD einfache Erklärungsmuster bieten. Die Anhebung des Mindestlohns ist nicht mal mehr ein Inflationsausgleich und fühlt sich so eher wie ein schlechter Witz an. Wir fordern deshalb ein **sanktionsfreies Bürger*innengeld**, das für ein Leben in Würde ausreicht - also deutlich höher als alle bisherigen Pläne ausfällt.~~, insbesondere angesichts der steigenden Inflationsraten, noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in Westdeutschland. Es ist kein Wunder, dass diese Entwicklung immer mehr Menschen frustriert und die von Rechten gebotenen unterkomplexen Erklärungsmuster und Feindbilder zunehmend Anklang finden.. Sozialpolitische Maßnahmen, wie dieAnhebung des Mindestlohns oder das Bürgergeld sindkaum mehr als ein Inflationsausgleich und fühlen sich wie ein schlechter Witz an. Es braucht Maßnahmen, diefür ein Leben in Würde ausreichen und sowohl kurz- alsauch langfristig existenzen zuverlässig sichern und soziale Ungleichheit abbauen.

Begründung

Neben ein paar Begriffsänderungen würde ich Staatszerfall weglassen, weil das ein bisschen weit hergeholt ist und nicht so sehr in den Kontext passt (ich habe es nicht wirklich verstanden). Wenn man Pflegenotstand nennt, sollte man mMn den Fachkräftemangel als gigantisches Problem insgesamt (auch) ansprechen.
Wenn wir uns später im Text als Teil der gesellschaftlichen Linken beschreiben, sollten wir nicht schreiben, dass sie versagt. Sonst sind wir da mitgemeint. Daher würde ich die Schwäche der gesellschaftlichen Linken anders formulieren und systematisch anders anordnen und uns später impliziter als Teil der gesellschaftlichen Linken darzustellen.
Wir sollten den Bezug zu den Inflationsraten mit aufnehmen, da diese die aktuelle Situation, aufgrund derer der Antrag jetzt gestellt wird, so viel dramatischer macht und der Satz sonst nur die Situation beschreibt, wie sie die letzten Jahre schon war.
Die letzten drei Sätze haben logisch wenig Sinn ergeben. Daher habe ich versucht sie so zu formulieren, dass sie Sinn ergeben und ungefähr das aussagen, was gemeint gewesen sein soll.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä2 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 35 bis 39:

Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind unzureichend~~. Es wird nicht transparent, wann was wie genau kommen soll und dazu ist fraglich, ob die Entlastungen auch tatsächlich die Personen real entlastet, die es wirklich brauchen. Das bedeutet: Die Landesregierung muss dabei entschieden unterstützen und Formen der Entlastung an die Bevölkerung bringen.~~ und sozial ungerecht. Die meisten Entlastungen werden nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Dabei kommt bei bedürftigen zu wenig an, während Reiche überproportional entlastet werden. Gleichzeitig ist die genaue Umsetzung vieler Maßnahmen intransparent.
Das bedeutet: Die Landesregierung muss entschieden nachsteuern und Formen der Entlastung an die Teile der Bevölkerung bringen, die sie wirklich brauchen.

Von Zeile 42 bis 45:

Kalten sitzen - deswegen fordern wir ein **Moratorium für Strom- und Gassperren.** Wir sehen die Landesregierung in der Verantwortung~~, dieses Menschenrecht~~ sicherzustellen, dass niemand in ~~die Realität umzusetzen:~~menschenunwürdigen Bedingungen leben muss. Dafür müssen Stadtwerke und andere Energieversorger ~~müssen~~ einen Rettungsschirm erhalten!

Von Zeile 48 bis 54:

Abhängigkeit von fossilen Energien ist der Grund für die steigenden Energiepreise und zerstört gleichzeitig unsere Lebensgrundlage. Der beste Weg, um eine langfristige und nachhaltge Energieversorgung sicherzustellen, ist also ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Perspektivisch gehört die Energieversorgung in die öffentliche Hand. Wir brauchen ~~den~~dezentrale Energieversorgung in Bürger*innenhand und keine längst überholte Atomkraft, die uns nun schon wieder als Innovation verkauft werden soll. Weitere Privatisierung der Energieversorgung aufgrund der aktuellen Krisensituation muss ausgeschlossen werden!

Begründung

Der originaltext ließt sich ein bisschen wie "alles irgendwie viel zu unklar und man kann noch gar nicht genau sagen wie es sich auswirkt und es deswegen auch eigentlich nicht richtig bewerten, aber es ist auf jeden fall schlecht". Deswegen würde ich die Kritik konkreter formulieren. Außerdem wollte ich das Problem der sozialen Ungerechtigkeit mehr herausstellen.

Für mich ist beim lesen sehr unklar, worauf sich "dieses Menschenrecht" konkret bezieht und ich finde das Wort (nicht den Wortsinn) in dem Kontext etwas unpassend, weshalb ich eher von menschenunwürdigen Bedingungen reden würde (Menschenwürde ist ja auch das höchste Menschenrecht).

Außerdem halte ich es für sinnvoll auch hier noch eine ökologische Perspektive hereinzubringen und die Klimakrise, die ja auch in der Präambel vorkommt, zu adressieren. Allein um die Mehrdimensionalität von Krisen und Lösungen rüberzubringen.
Ferner finde ich es relevant die Anti-Privatisierungs haltung nochmal explizit zu machen.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä3 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 51 bis 54 löschen:

Perspektivisch gehört die Energieversorgung in die öffentliche Hand. Wir brauchen denzentrale Energieversorgung in Bürger*innenhand ~~und keine längst überholte Atomkraft, die uns nun schon wieder als Innovation verkauft werden soll~~.

Begründung

Ich halte es für sehr unklug die Atomkraftdebatte weiterhin aufzugreifen. Damit spielen wir konservativen und rechten Kräften in die Karten, die damit ständig von den tatsächlich relevanten Debatten ablenken wollen. Die Debatte ist ausdiskutiert und führt uns nirgendwo hin. Wir sollten versuchen mit diesem Antrag die richtigen Themen auf die Agenda zu setzen. Atomkraft ist ein falsches.

Ä4

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä4 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 56 bis 65:

~~Moratorium schiebt es jedoch nur auf: Das bringt auch nichts, wenn Personen kein Vermögen im Rücken haben und bspw. durch die Pandemie im Moment erwerbslos sind. Auch in Sachsen-Anhalt werden die Mieten immer höher – Halle ist das neue Leipzig ist das neue Berlin – das bedeutet vielleicht, dass LSA langsam attraktiver wird, jedoch aber auch, dass sich Menschen ihre Mieten nicht mehr leisten können und herausgeworfen werden – in Form von Zwangsräumungen oder Kündigungen wie Kündigung für Eigenbedarf. Wir fordern, dass **Räumungen und Kündigungen ausgesetzt werden und Mieten eingefroren werden müssen!** Wie soll man sich auch noch eine Mieterhöhung leisten, wenn schon alles andere teurer wird und eine simple Gurke plötzlich das Doppelte kostet?~~

Ein Moratorium hilft nicht, wenn man die eigene Wohnung verliert, weil man sie sich nicht mehr leisten kann.Auch in Sachsen-Anhalt werden die Mieten immer höher – Halle ist das neue Leipzig ist das neue Berlin – das bedeutet vielleicht, dass LSA langsam attraktiver wird. Andererseits bedeutet es, besonders im Kontext mit den Teuerungen bei Lebensmitteln, Nebenkosten uvm., dass immer mehr Menschen ihre Mieten nicht mehr bezahlen können. Wir fordern, **die Aussetzung von Kündigungen und Zwangsräumungen!** Außerdem müssen die Mieten vorübergehend eingefroren werden.

Begründung

Ich habe es für nötig gehalten den Absatz etwas unzustrukturieren und Formulierungen zu ändern. Außerdem sind nicht nur Menschen ohne Vermögen oder die erwerbslos sind hart von steigenden Miten betroffen, sondern alle Deher fand ich die Beispiele unpassend. Ebenso sind Eigenbedarfskündigungen kein sonderlich passendes Beispiel zur Untermauerung der Forderung. Für mehr Begründung gerne anschreiben.

Ä5

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä5 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 73 bis 80:

immer – Eltern wurden alleine gelassen, Menschen am Rand der Gesellschaft fielen durchs Raster, die Erhaltung und der dringend notwendige Ausbau der sozialen Infrastruktur ~~und insbesondere der psychischen Gesundheitsversorgung~~ wurde ignoriert. Die AfD profitiert ~~damit von~~davon besonders im Zusammenhang mit der Krise, da sie ein Gegenmodell zum Status Quo bietet, ~~der~~das besonders für Menschen, die um ihre Existenz bangen, attraktiv klingt und einfach zu vermitteln ist. ~~Dadurch ist~~Wie Anschlussfähig sie ~~sehr anschlussfähig. Das~~dadurch ist, wird sehr anschaulich bei Demonstrationen in Sachsen-Anhalt: Ob in Quedlinburg, Halle oder Magdeburg - bei den Protesten von Querdenken und vergleichbaren Initiativen mit Verbindungen zur AfD, die sich inzwischen die Energiekrise zu Eigen gemacht hat und sich als Verbündete von Putin verstehen,

Von Zeile 84 bis 85:

Wir sagen: **Genug ist genug** und unterstützen dabei sowohl die ~~Bundesorga~~ Bundesinitiative aber auch Ableger-Ortsgruppen in Sachsen-Anhalt, die ähnliche/gleiche

Begründung

Ich würde die Erhatung noch mitbenennen, um zu implizieren, dass die soziale Infrastruktur nicht nur nicht ausgebaut wird, sondern erodiert.

Auch wenn die psychische Gesundheitsversorgung super relevant ist, wird es allen anderen ebenso relevanten Teilen der sozialen Infrastruktur nicht gerecht nur das besonders herauszustellen.

Ansonsten sind die Änderungen nötig, um die Zusammenhänge noch klarer zu machen und die AfD weniger positiv darzustellen.

Ä6

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä6 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 97 bis 109:

~~Wir unterstützen und solidarisieren uns mit den Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) – sie kämpfen für fairere Löhne und angemessene Tarifverträge, um die Beschäftigten finanziell zu stärken und damit krisenfest zu machen.~~ ~~**Wir unterstützen die Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG und ver.di** in den bestehenden und kommenden Arbeitskämpfen. Das bedeutet auch: Höhere Löhne für alle! Wir unterstützen die Arbeiter*innen in ihren Tarifverhandlungen.~~Wir solidarisieren uns mit **den Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG, GEW und ver.di und unterstützen sie** in den bestehenden und kommenden Arbeitskämpfen. Sie kämpfen für fairere Löhne und angemessene Tarifverträge, um die Beschäftigten finanziell zu stärken und krisenfest zu machen. Das bedeutet auch: Höhere Löhne für alle!
In den vergangenen 1,5 Jahren Pandemie haben wir gesehen, wie essenziell ~~unsere Infrastruktur~~systemrelevante Infrastrukturen, wie die der Gesundheitsversorgung ist, damit die gesamte Gesellschaft funktioniert. Dabei haben wir erneut schmerzlich feststellen müssen, dass besonders solche Berufe in der Care-Arbeit schlecht bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen ~~unfassbar~~unzumutbar prekär sind. Da Care-Arbeit vor allem von Frauen, lesbischen, inter, trans* und agender Personen (FLINTA*) erledigt wird – ob

Von Zeile 113 bis 115 löschen:

müssen **Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche Hand**, um sich dem Profitzwang von privaten Trägern wie Ameos zu entziehen~~. Nur so können wir gerechte Tarifverträge und faire Arbeitsbedingungen garantieren~~.

Begründung

Wenn wir sagen wir unterstützen alle DGB-Gewerkschaften, unterstützen wir auch die Gewerkschaft der GdP. Die sind zwar weniger schlimm als die DPolG, aber immer noch ne Polizeigewerkschaft. Das passt mMn. nicht zu dem Anspruch eine linke Orga zu sein. Außerdem ist es, durch die spätere Aufzählung, (fast) eine Doppelung.
Außerdem habe ich mit dem Aantrag einige Doppelungen rausgenommen und den 2. Absatz ein bisschen auf mehr als nur den Gesundheitssektor ausgeweitet.

Der letzte Satz ist mMn. zu streichen, weil er impliziert, dass die Gewerkschaften nur faire löhne und arbeitsbedingungen erkämpfen könnten, wenn die Konzerne nicht in privater Hand sind. Das widerspricht auch dem davor ein bisschen. Das die Gesundheitsversorgung verstaatlicht werden muss, hat vor allem andere sehr gute Gründe.

Ä7

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä7 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 124 bis 126:

müssen hier also eine **Nachfolgelösung zum Preis von 9 Euro im Monat** anbieten – 49 Euro sind einfach zu teuer! Das sind fast 600 Euro im Jahr! ~~Außerhalb~~Insbesondere außerhalb der Städte muss der ÖPNV passend dazu massiv ausgebaut werden. Ziel ist eine

Ä8

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä8 zu L1: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!**

Antragstext

Von Zeile 94 bis 95 einfügen:

anstatt ihn in Frust und Enttäuschung übergehen zu lassen. So nehmen wir Rechtspopulist*innen den Nährboden!

Umverteilung von oben nach unten!

Die soziale Ungleichheit wächst in Deutschland schon seit Jahrzehnten. Die aktuellen Krisen wirken als Katalysatoren für diese Entwicklung. Während hunderttausende Arbeitnehmer*innen aufgrund der Coronapandemie in Kurzarbeit geschickt wurden und viele Selbstständige Sozialhilfe beantragen mussten, machten Konzerne Rekordgewinne. Während die Kaufkraft einer großen Mehrheit der Bevölkerung durch die Inflation rapide abnimmt, steigen die Gehälter von Dax-Managern um durchschnittlich 25%. Zwei Familien haben mittlerweile so viel Vermögen, wie 42 Millionen deutsche Zusammen.

Auch diese Entwicklung trägt zu Perspektivlosigkeit und Frustration in großen Teilen der Bevölkerung und damit zum Erstarken rechter und konservativer Kräfte bei. Sie ist ungerecht und keine Gesellschaft kann sie langfristig überstehen. Es ist höchste Zeit sie umzukehren und von oben nach unten unzuverteilen!

Neben einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes in Verbindung mit einer höheren Einkommensgrenze **fordern wir die Einführung einer Vermögenssteuer** auf Vermögen

ab 1 Mio € bei natürlichen und 5 Mio € bei juristischen Personen.
Insbesondere hohe Erbschaften perpetuieren sozioökonmische Ungleichheiten. Heute wird so viel vererbrt wie noch nie. Gleichzeitig ist die Erbschaftssteuer so leicht zu umgehen, dass vor allem Reiche meist kaum welche zahlen. Es braucht also zusätzlich eine funktionierende und höhere Erbschaftssteuer!

Reiche sind die Hauptverursacher der Klimakrise und haben in den vergangenen Krisenjahren besonders von staatlichen Hilfen profitiert. Um als Gesellschaft solidarisch durch die Krise zu kommen und die sozial-ökologische Transformation voranzubringen, müssen sie einen Teil zurückgeben. Daher fordern wir eine **Vermögensabgabe für die obersten 1%**.

Um soziale Ungerechtigkeit abzubauen, reicht es nicht, nur Reiche zu besteuern. Daher müssen diese Maßnahmen mit höheren Löhnen für die untere Hälfte der Gesellschaft und höheren Sozialhilfen einhergehen.

Begründung
erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Ä1 zu S3: Wiederwahlregelung**

Antragstext

Von Zeile 6 bis 8:

gewählt; Wiederwahl ist möglich. Ab einer möglichen Wiederwahl nach **drei Amtsjahren** in Folge im gleichen Amt benötigt der*die Kandidat*in mindestens ~~**2/3**~~**3/4** der abgegebenen Stimmen. Ab dem dritten Wahlgang reicht eine einfache Mehrheit.

Begründung

erfolgt mündlich